

Große Anfrage

der Abgeordneten Ströbele, Mann und der Fraktion DIE GRÜNEN

Förderung der Kulturpolitik in Berlin (West)

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Deutsches Historisches Museum

Die Bundesregierung hat der Stadt Berlin (West) ein Deutsches Historisches Museum geschenkt. 265 Mio. DM soll es kosten. Für 1986 sind als Vorbereitungskosten im Haushalt des Bundes 1,9 Mio. DM eingestellt. 16 Stellen sollen daraus finanziert werden. Standort des Museums soll gegenüber dem Reichstag sein.

1. a) Welchen Sinn und Zweck verfolgt die Bundesregierung damit, daß sie gerade jetzt der Stadt Berlin ein Deutsches Historisches Museum schenken will?
- b) Welche Rechtskonstruktion bekommt das Deutsche Historische Museum unter Beachtung der Kulturhoheit der Länder (Artikel 74 Nr. 5, 13, Artikel 75 Nr. 2, 3 GG)?
2. a) Mit öffentlichen Repräsentationsbauten in Berlin (West) wurde in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, daß sich die ursprünglich angesetzten Kosten während des Bauens vervielfachten (Kongreßzentrum ICC: Kostenansatz 500 Mio. DM, tatsächliche Baukosten 1 Mrd. DM).

Schließen die von der Bundesregierung veranschlagten 265 Mio. DM nur die reinen Baukosten ein, oder beinhalten sie Planungs- und Wettbewerbskosten, oder soll auch die konzeptionelle Planung aus diesem Ansatz finanziert werden?

- b) Im Haushalt des Bundes für das Jahr 1986 sind 1,9 Mio. DM für Vorbereitungsarbeiten für das Deutsche Historische Museum vorgesehen. Nach Auskunft des Bundeskanzleramtes sollen daraus 16 Stellen finanziert werden.

Wie werden diese Stellen ausgeschrieben, und welcher Behörde werden sie zugeordnet?

- c) Wie viele öffentliche Mittel wurden für die Expertenkommission unter der Leitung von Prof. Knopp, welche die Bundesregierung im Oktober 1985 eingesetzt hat, zur Verfügung gestellt?

3. Gibt es bei der Bundesregierung langfristige Überlegungen für die laufende Finanzierung eines Deutschen Historischen Museums?
4. Gibt es inhaltliche Vorgaben der Bundesregierung für die Arbeit der Expertenkommission unter Leitung von Prof. Knopp? Wenn ja, welche Vorgaben?
5. In welcher Weise arbeitet die Bundesregierung bei Planung und Realisierung des Deutschen Historischen Museums mit den Senatsstellen von Berlin (West) und Berliner Kulturinstitutionen zusammen, und wie soll dies in Zukunft geschehen?
6. a) Für welchen Sammlungsbestand, der bis heute der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist, braucht die Bundesregierung ein Deutsches Historisches Museum in Berlin (West)?
b) Welche Museen haben bereits zugesagt, ihnen gehörende Sammlungsbestände dem zu gründenden Museum zu übergeben?
7. a) Welchen Begriff von „Nation“ legt die Bundesregierung der wissenschaftlichen Konzeption einer Deutschen Geschichte zugrunde?
b) Welcher Zeit- und geographische Raum wird mit dem Begriff „Deutsche Geschichte“ thematisiert?
c) Welche Rolle spielen Kontinuität und Bruch in der wissenschaftlichen Darstellung „Deutscher Geschichte“, insbesondere im Hinblick auf den deutschen Nationalstaat und auf das Ende des Nationalismus und seine Folgen im Rahmen der Gestaltung des Deutschen Historischen Museums?
d) Geht die Aussage von Bundeskanzler Kohl auf dem 6. Deutschen Architektentag „Es geht um Fragen der Substanz unserer Geschichte, es geht um die Präsentation großer Tradition und dauerhafter Werte unseres Vaterlandes“ auf eine Beschlußfassung der Bundesregierung zur Konzeption des Museums zurück, oder hat der Bundeskanzler mit dieser Aussage nur sein eigenes Geschichtsverständnis dargelegt?
Kann daraus entnommen werden, daß nach Auffassung der Bundesregierung „Deutsche Geschichte“ im wesentlichen unter Aspekten positiv bewerteter Kontinuität zu begreifen ist?
8. Wann fängt nach Auffassung der Bundesregierung die „Deutsche Geschichte“ an und wann hört die „Deutsche Geschichte“, die dann im Museum ausgestellt werden soll, auf, im Jahre 811, 1806, 1871, 1918, 1933 oder 1995?
9. a) Welcher Standort ist nach Kenntnis der Bundesregierung für das geplante Museum vorgesehen?
b) Hat der Bundeskanzler diesen Standort vorgeschlagen?
c) In welcher Weise hat die Bundesregierung auf die Wahl des Standortes des geplanten Museums Einfluß genommen oder zu nehmen versucht?

- d) Entspricht der vorgesehene Standort den Vorstellungen der Bundesregierung?
- e) Wie beurteilt es die Bundesregierung in Zusammenhang mit ihren Planungen, daß der deutsche Kaiser Wilhelm II und sein Architekt Mächler entsprechend imperialistischer Großmachtpläne, Berlin ein Zentrum zu geben, eine Nord-Süd-Achse quer zum Reichstagsgebäude konzipiert hatten und daß später der deutsche Reichskanzler Hitler und sein Architekt Speer diese Pläne aufgegriffen und riesige Propagandabauten – wie z. B. eine Halle des Volkes – für das Gebiet längs der Nord-Süd-Achse und den Platz der Republik vorgesehen hatten?
- f) Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß sich in der derzeitigen Planung die „Berliner Mitte“ mit Reichstag und „Deutschem Historischen Museum“ die in der vorhergehenden Frage angeführten Konzepte wiederfinden und daß gerade auch der Bundesrepublik Deutschland benachbarte Völker den Museumsbau in den oben genannten Bezug einordnen könnten?

II. 750-Jahr-Feier in Berlin (West) 1987

- 1. Wie begründet die Bundesregierung ihr Engagement bei der 750-Jahr-Feier?
- 2. Im Haushalt des Bundes werden zur Vorbereitung der 750-Jahr-Feier in Berlin (West) 6 Mio. DM eingestellt.
 - a) Wird der gesamte Betrag dem Berliner Senat zur freien Verfügung gestellt?
 - b) Wenn ja, wofür verwendet der Berliner Senat die Mittel? Wenn nein, für welche Veranstaltungen stellt die Bundesregierung die Mittel zur Verfügung?
 - c) Wie hoch ist der Gesamtbetrag, der Berlin vom Bund für die 750-Jahr-Feier zur Verfügung gestellt wird?
- 3. Welcher Teil Berlins (West) wird 1987 750 Jahre alt?
- 4. Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Gründungsdatum Berlins geschichtlich nicht eindeutig geklärt ist und daß aus diesem Grunde auf die von Reichspropagandaminister Goebbels verwendete, jedoch wissenschaftlich umstrittene Quelle – die dieser 1937 für die 700-Jahr-Feier Berlins strapazierte – zurückgegriffen wurde?
- 5. Ist die zentrale Ausstellung der 750-Jahr-Feier: „Berlin, Berlin – die große Stadt“ eingebunden in die Planung zur Gründung eines Deutschen Historischen Museums?
- 6. In den Empfehlungen der vom Senator für kulturelle Angelegenheiten in Berlin (West) eingesetzten Planungsgruppe vom 6. Juli 1985 heißt es: „Die 750-Jahr-Feier wird darüber hinaus die besondere Funktion Berlins als preußisch-deutsche Hauptstadt und europäische Metropole herausarbeiten.“

- a) Warum betont die Bundesregierung immer wieder, daß es sich bei Berlin (West) um eine Metropole handelt?
 - b) Wie beurteilt die Bundesregierung den Widerspruch in dieser konzeptionellen Ausrichtung zur tatsächlichen Lebenssituation von Berlin (West) als einer Stadt, die längst keine Metropolenfunktion mehr hat, andererseits aber die Stadt ist
 - in der in den 60er Jahren die Studentenbewegung ihre Höhepunkte hatte,
 - in die sich Kriegsdienstverweigerer zurückziehen können,
 - in der Hausbesetzungen eine strukturelle Wende in der Wohnungsbaupolitik eingeleitet haben,
 - in die Dichter, Maler, Musiker und Filmher kommen, weil sie hier besonders anregende Arbeitsbedingungen vorfinden,
 - in der sich beispielhaft alternative, ökologische und friedfertige Konzepte für das Zusammenleben in einer Großstadt entwickeln?
7. Sind seitens der Bundesregierung Gespräche mit der DDR-Regierung geplant, die mit dem Ziel gemeinsamer Aktivitäten im Rahmen der 750-Jahr-Feier Berlins geführt werden sollen? Wenn ja, welche Aktivitäten sind vorgesehen?

III. Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin soll im Rahmen der 750-Jahr-Feier in Berlin (West) gegründet werden. Das Gebäude der Italienischen Botschaft soll sie beherbergen. Verlautete es im Mai 1984 noch, die Akademie der Wissenschaften zu Berlin sei ein nationales, kein Berliner Vorhaben im stadtpolitischen Sinne, so wurde es im Februar 1985 nur noch als ein Vorhaben verstanden, das keinen nationalen Anspruch erhebt. Unumstritten wird hingegen sein, daß es in erster Linie ein Prestigeobjekt sein wird, da die bestehenden Aufgaben auch durch die anderen Wissenschaftsinstitutionen wahrgenommen werden können, zumal wenn diese finanziell besser ausgestattet werden.

1. Plant die Bundesregierung ein Engagement bei der Gründung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin?
2. Welche Notwendigkeit besteht nach Auffassung der Bundesregierung für die Gründung einer solchen Akademie der Wissenschaften – in Berlin gibt es bereits zwei Universitäten, viele Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen sowie das Wissenschaftszentrum und das Wissenschaftskolleg?
3. Warum soll die Akademie der Wissenschaften im Rahmen der 750-Jahr-Feier 1987 eröffnet werden?

IV. Planung Zentraler Bereich

1. „Die Planung eines so eminent politischen Raumes ist aber eine Sache des Bauherren und nicht des Baumeisters. Der Staat muß sich über das Gewollte Klarheit verschaffen und die eigentliche

Aufgabe politisch definieren, bevor er freie Architekten zu Gedankenwettbewerben aufruft.“ (J. Siedler, FAZ vom 29. Mai 1985)

Greift die Bundesregierung mit ihrer Planung und Finanzierung eines Deutschen Historischen Museums als Bauherr im Sinne J. Siedlers in die Planung des sogenannten Zentralen Bereiches in West-Berlin ein?

2. Ist der Bundesregierung bekannt, daß für alle Planungen im Zentralen Bereich West-Berlins, auch für das geplante Deutsche Historische Museum, planungsrechtliche Grundlagen, Bebauungsplan und Flächennutzungsplan, nicht existieren?
3. Warum erklärt die Bundesregierung die faktische Peripherie West-Berlins vom Lehrter Bahnhof über Potsdamer Platz und Anhalter Bahnhof zur „Mitte“?
4. Wie erklärt die Bundesregierung den Zusammenhang zwischen Förderung identitätsstiftender „kultureller Großvorhaben“ unter Mithilfe der „Deutschen Architektenschaft“ auf der einen Seite und der systematischen Stadtzerstörung gewachsener historischer Wohnquartiere, von Bahnhöfen, von Fabrikhallen auf der anderen Seite?
5. „Geht man heute durch Berlin, durch Kreuzberg, Schöneberg, Gesundbrunnen oder Wedding, so spürt man den Geruch der Ruinenstadt – noch immer oder schon wieder?

Flächensanierung als Krieg gegen die Bewohner. Gewalt der Paragraphen. Gewalt der durch sie geschützten Privilegien, Stadt und Wohnraum als Ware, als Eigentum einzelner zu behandeln“. „Ende der Nachkriegszeit oder Anfang der Vorkriegszeit“. Zitat aus James Frecot, Berlin im Abriß, Katalog Berlinische Galerie 1981.

Abriß, Zerstörung gewachsener Stadtstrukturen und zugleich gigantische, von der Bundesregierung subventionierte oder direkt geförderte Großvorhaben im Zentralen Bereich und am Kulturforum Berlin, wie unterscheidet sich diese Stadtplanungspolitik für Berlin von der ästhetischen Vorstellung des Chefarchitekten Hitlers, Speer, für Berlin?

6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die DDR entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens Ostberlin funktional und städtebaulich zu ihrer Hauptstadt ausgebaut hat?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung die vom SPD-Landesverband Berlin in seinem Papier „Der Zentrale Bereich – West-Berlins neue Politische Mitte – Entwurf des Abschlußberichtes“ vom 23. Oktober 1985 geäußerte Auffassung, „daß West-Berlin spätestens seit Abschluß der Berlin-Verträge nicht mehr abgetrennter Teil der gesamtdeutschen Hauptstadt im Wartestand ist, sondern als kulturelle, wirtschaftliche und dienstleistende Metropole ein eigenständiges Profil entwickelt hat“?
8. Das Gebiet um den Platz der Republik soll nach Vorstellungen der SPD mittelfristig Berlins Politisches Zentrum im Sinne eines

„Demokratischen Forums“ werden (SPD Papier vom 23. Oktober 1985, Seite 6). In diesem Gebiet soll der Neubau eines Berliner Landesparlaments, der Sitz des Regierenden Bürgermeisters und des Kammergerichts und anderer Einrichtungen von nationaler und übernationaler Bedeutung entstehen.

Sieht die Bundesregierung zwischen ihrem Konzept einer Aufwertung der Berliner Mitte durch das Deutsche Historische Museum als einer „nationalen Aufgabe von europäischem Rang“ und den Vorstellungen der SPD von einem „demokratischen Forum“, einen Zusammenhang?

9. „Immer dann, wenn sich in Mitteleuropa weltweite Interessen regen, dann macht sich in Berlin und zwar hier im östlichen Tiergarten das dringende Bedürfnis nach einer Nord-Süd-Verbindung geltend... Wer also für West-Berlin friedfertige Politik betreiben will, ich meine eine Politik, die auch hinlänglich glaubwürdig ist, der muß sich zu allererst gegen jede Bautätigkeit im östlichen Tiergarten wehren.“ (Bruno Schindler, Architekt, Aachen, am 20. September 1985 im Reichstag)

Wie beurteilt die Bundesregierung diese Auffassung?

V. Politische Intentionen der Bundesregierung bei der Schaffung nationaler kultureller Institutionen und Projekte in West-Berlin

1. Wie ist die Aussage von Bundeskanzler Kohl auf dem 6. Deutschen Architektentag am 3. September 1985 „die Errichtung dieses Museums (gemeint ist das Deutsche Historische Museum) ist eine nationale Aufgabe von europäischem Rang“ politisch zu verorten? Wird damit die kulturpolitische Bedeutung des geplanten Museums in den Kontext des Artikels 7 des Deutschlandvertrages vom 23. Oktober 1954 gestellt, in dem es in Absatz 2 heißt: „Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesregierung, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“?
2. Verfolgt die Bundesregierung insgesamt ein kulturpolitisches Konzept, das den aktuellen Ausbau von „Berlin (West)“ als Teil der symbolischen Hauptstadt des nach Auffassung der Bundesregierung juristisch immer noch existierenden Deutschen Reiches vorsieht?

Soll von seiten der Bundesregierung in Berlin (West) schon jetzt alles getan werden, damit dann, wenn die von der Bundesregierung angestrebte Wiedervereinigung einmal erreicht sein wird, Berlin die Hauptstadt des zukünftigen Deutschen Nationalstaates werden kann?

Bonn, den 10. Dezember 1985

Ströbele

Mann

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

